Leipziger Tageblatt
und
Handels-Zeitung

Bezugspreis: Durch die Post in Deutschland monatl. M. 4000 mit Bestellgebühren; Ausland M. 5000 mit Porto. Erscheint täglich morgens, außer Montags. Höhere Gewalt schließt Erfüllung aus. Schriftleitung, Geschäftsstelle, Druckerei: Leipzig, Johannisgasse 8 (Fernsprecher 17090—17092); ebenda und in allen Filialen Anzeigen- und Abonnement-Annahme; auch nimmt jedes Postamt Bestellungen an.

Anzeigenpreis: für die Gesamt- (Stadt- u. Post-) Auflage: Einsp. 24 mm hr. mm-Zeile M. 150, ausw. Inserent. M. 270. Sonderpreise: Familienanz. d. Priv. mm-Zeile M. 30, Gelegenheitsanz. (priv. Natur) u. Stellengesuche, mm-Zeile M. 15, Stellengesuche mm-Zeile Pf. 60, amtl. Bekanntm., Doppelmm-Zeile M. 300, f. ausw. M. 540, Reklame mm-Zeile M. 750, f. ausw. M. 1200, Auslandsanz. m. Valutaaufschl. Bei Wiederh. Nachlaß. Platz- u. Datenvorschr. unverbindl. Erfüll.-Ort Leipzig. Postscheck: Leipzig 2005.

Das Leipziger Tageblatt enthält amtliche Bekanntmachungen des Rates der Stadt Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

Nr. 101 | Einzelnummer 300 Mark | Sonntag, den 29. April 1923 | Fern-Ausgabe | 117. Jahrg.

Die Deutschvölkischen

A. V. Leipzig, 28. April.

Der Entscheid, ob das Verbot der Deutschvölkischen Freiheitspartei gesetzlich gerechtfertigt ist, ist vom Staatsgerichtshof aufgeschoben worden, bis das Verfahren gegen Roßbach Klarheit gebracht hat. Ein Staatsgerichtshof ist keine Versammlung. In den Versammlungen taten die Vertreter der Deutschvölkischen dem Staatsgerichtshof gern mit dem Prädikat „Frucht der Feigheit vor dem Straßenpöbel und Verbeugung vor den Juden" ab, womit sie stets stürmischen Beifall ernteten. Hier in diesem bedeutungsvollen Saal mit seinem ernsten braunen Wand- und Deckelgetäfel machten dieselben Herren ihre tiefen Verbeugungen und verfehlten nie die Anrede: „Die Herren vom hohen Staatsgerichtshof."

Die Deutschvölkischen standen zum erstenmal vor einem Tribunal, sie, die stets nur über eine urteilslose Masse zu herrschen gewohnt sind. Die Sachen, die verlesen wurden, empfingen ihre Illustration durch die Personen. Für „die rücksichtslose Ehrlichkeit", mit der nach dem vom Berichterstatter vorgelesenen Programm die Partei kämpft, ist es bezeichnend, wie Herr Wulle die Frage, ob die Partei eingetragen sei, frischweg mit ja beantwortete. Der Rechtsbeistand mußte selber widersprechen, daß die Eintragung bisher nur angemeldet sei, worauf Wulle so ganz obenhin eine wegwerfende Handbewegung machte. Der Zuschauer hatte den Eindruck, daß Wulle hierbei subjektiv sich gewiß nichts Böses dachte. Aber wer diesen Mann oft in Versammlungen hat reden hören, konnte hier die Frucht erkennen: man jongliert nicht gewohnheitsmäßig mit der Wahrheit, ohne daß man e. auch bei ernster Gelegenheit mit der Wahrheit etwas vorfleht. Wer aber ein ganzes Volk führen will, muß andere Qualitäten aufweisen, zumal wenn das ganze Rüstzeug seiner Argumente immer nur die „Verlogenheit" der andern ist, aus der er „zur Wahrheit führen" will.

Es wäre Zeitverlust für den Politiker, wollte er sich mit dem Programm der Deutschvölkischen aufhalten. Hier ist alles verfassungsgemäß. Aber diese Sätze — Gemeinplätze, die zum größten Teil gar nicht widerlegbar sind und die jeder Obersekundaner in seiner unvermeidlichen Utopie aufstellt — verklingen hinter den Taten. Herr v. Graefe reist nach München und kartelliert sich mit Hitler. Nun — dafür ist es eben die Deutschvölkische Freiheitspartei? Weit gefehlt: der Trust Hitler-Graefe liegt im Sinne der Weimarer Verfassung! So argumentiert Herr v. Graefe: „Ich bin Reichstagsabgeordneter und nach der Verfassung Vertreter des ganzen Volkes. Also kann ich überall wirken. Hitler ist in Bayern nicht verboten, also gesetzmäßig. Ich habe mich mit ihm in Verbindung gesetzt, weil diese Elemente mir nahestehen und ich aus einer Zusammenarbeit Vorteil für das ganze deutsche Volk erwarte. Da ich aber nach der Verfassung das ganze deutsche Volk vertrete, hatte ich nach der Verfassung nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, das zu tun!" Auch die deutschvölkischen Sturmtrupps, deren Führer und Vertreter sich reichlich im Zuschauerraum und an den Pressetischen zeigen — Anzug: Joppe, Gamaschen, ins Weite schweifender Hut, Gürtel, der nach dem Anhängen von Handgranaten geradezu schreit! — auch sie bestünden nicht, wenn nicht die Weimarer Verfassung sie geböte, schlechtweg geböte. „Diese Trupps sollen die Vertreter der Partei in den Versammlungen vor Belästigungen schützen. Nach der Verfassung hat jeder Deutsche die Pflicht, seine körperlichen und geistigen Fähigkeiten zum Schutze der Allgemeinheit zu pflegen. Also entsprechen diese Trupps der Verfassung! So likroskopisch dringen Politiker in den Geist der Weimarer Verfassung ein, die keine Miene verziehen, wenn der berichterstattende Reichsgerichtsrat aus ihrem Programm den Passus vorliest, daß die verfassungsmäßigen deutschen Staatbürger jüdischer Konfession „unter ein besonderes Fremdenrecht" zu stellen sind. —

Die Führer der Deutschvölkischen haben vor dem Staatsgerichtshof unter ständigem Appell an „die Wahrheit" gesprochen. Herr v. Graefe verwandt nicht wenig Mühe darauf, sich vor den ernsten Männern dieses Gerichts ein moralisches Postament zu errichten. Mit allem Pomp seiner schwelgerischen Rhetorik unterstrich er, daß er „hier als deutscher Mann für jedes Wort sich Rechenschaft ablege vor seinem Gewissen und vor seinem Gott! daß jedes Wort restlos ehrlich gemeint sei!" Nun — ein solcher Grad von Sittlichkeit kann nur integrierender Bestandteil der Persönlichkeit sein und muß daher in allen Situationen gelten. Was solch ein Mann heute sagt, muß — an der Sittlichkeit gemessen — mit Früherem übereinstimmen, und was er früher gesagt hat, muß er unter eben demselben Verantwortlichkeitsgefühl gesagt haben und daher auch heute wiederholen können. Wir haben aber Herrn v. Graefe vor zwei Jahren hier im Zentraltheater reden hören, zu einer Zeit, als es noch kein Risiko war, über den Reichspräsidenten zu witzeln, wo also gerade und allein die innere Sittlichkeit Schranken hätte setzen müssen. Damals erging sich Herr v. Graefe in den billigsten Witzchen über Präsident Ebert, wurde durchaus geschmacklos und verlas zuletzt als Musterbeispiel für den Geist der neuen Zeit ein „an die Jugend gerichtetes Flugblatt", in dem diese „zum Widerstand gegen die alten Autoritäten aufgefordert wurde und schließlich sogar zum Ausleben in der Erotik". Wir hören noch, wie Herr v. Graefe dieses letzte Wort mit Ironie betonte und unter stürmischer Entrüstung der von ihm „der Wahrheit" entgegenführenden Menge hinzusetzte, daß unter diesem Aufruf der Name des Präsidenten Ebert stehe. — —

Natürlich hat er darunter gestanden. Aber sonderbar ist es doch, daß Männer auf solch plumpe Fälschung hereinfallen, die es Schriftstücken, die ihrem eigenen Geist recht nahe stehen, sofort ansehen, daß sie der reine Wahnwitz sind. Als der Berichterstatter die in dem Bureau der Partei vorgefundenen Briefe und Entwürfe vorlas, die sich wahrhaftig in nichts von dem krausen Zeug unterscheiden, das die drei Partei-Koryphäen in ihren Versammlungen dem deutschen Volk zu bieten wagen, da hörte man aus dem Munde dieser Juden-Bekämpfer immer wieder unisono das alte Wort, mit dem der Jude Simon Petrus den Herrn verriet: „Ich kenne den Menschen nicht!" Wulle beteuerte, er habe ein solches Schriftstück wohl einmal gelesen und sich damit „eine stille, vergnügte Stunde" gemacht. Dann aber sind all diese „restlos ehrlichen" Männer zur Forderung des Tages übergegangen. So verkündet der Herr v. Graefe, seine Partei habe stets vor Abenteuern in der Ruhrpolitik gewarnt und immer wieder darauf hingewiesen, ein bewaffneter Widerstand gegen die Franzosen sei Wahnsinn. Herrlich! Wenn die Herren nur nicht in den Versammlungen stets das gerade Gegenteil gesagt hätten! Welche herabsetzenden, ja sogar verächtlichen Worte fand nicht Wulle kürzlich in unserer Stadt (wo — wie überall — die Polizei für Ordnung bei der Versammlung sorgte und damit die vor dem Staatsgerichtshof so eifrig betonte unbedingte Notwendigkeit der Saalschutztrupps widerlegte!) für die Reichsregierung, die nicht wisse, was die Ehre des deutschen Volkes erfordere! Und in welch gemütlichem Ton plauderte derselbe Deutschvölkische über die parlamentarische Zusammenarbeit seiner Partei mit den Kommunisten, sobald es gelte, gegen die Regierung Stellung zu nehmen! Dabei wissen doch diese Politiker, welch furchtbare Gefahr die Kommunisten für Deutschland darstellen: um die Reichswehr der Republik vor kommunistischer Infektion rein zu halten, haben sie Zusammenkünfte mit Gliedern derselben veranstaltet. Nur zu diesem verfassungsmäßigen Zweck! das spricht Herr v. Graefe aus in vollem Bewußtsein, daß er vor seinem Gott und vor seinem Gewissen Rechenschaft ablegen muß. Und wie kränkend es für diesen Herrn ist, wenn jemand an seiner Aufstellung zu deuteln wagt, das bewies die mit hohem Pathos vorgetragene Erklärung gegenüber dem Vertreter des preußischen Ministeriums, der sich erlaubt hatte, ein anderes Licht aufzustecken — ohne jeden Anspruch auf den Bluff fesselnder Rhetorik — mit diesem Licht Herrn v. Graefe und Konsorten so heimleuchtete, daß am Tage darauf die unbestechliche Stimme des Senatspräsidenten des Reichsgerichts und Vorsitzenden des Staatsgerichtshofs der Republik Dr. Schmidt verkündete, die Darlegungen der Partei hätten nicht vermocht, das Material des preußischen Ministeriums zu entkräften, so daß die Partei bis auf Weiteres verboten bleiben müsse.

Sie dürfte es auch fürderhin bleiben. Aber Hauptsache ist — und das hat die Verhandlung erwiesen — daß die Deutschvölkische Freiheitspartei sich selber verbietet. Zunichts, zugar nichts von dem, was diese Herren tagtäglich ins Volk schreien, haben sie sich vor Gericht bekannt. Hier aber sind sie doch „restlos ehrlich" gewesen. Stets betonten sie, daß sie auf dem Boden der Verfassung stehen. Ihre Sturmtrupps dienen der Republik, das beteuern diese Männer, „denen Eid und Ehre noch etwas gilt" und die „jederzeit bereit sind, ihre Worte auf ihren Eid zu nehmen." Als der Vertreter des preußischen Ministers sein Material vortrug, konnten sich die Herren nicht genug tun in verächtlichen Gesten. Das war ein Kichern, Tuscheln, Ellbogenstoßen wie junge Tanzstundenherrn, die Wichtigkeit zeigen müssen. Saß man doch den Minister-Vertretern gegenüber und konnte ihnen so recht seine Geringschätzung ins Gesicht lachen. Herr v. Graefe zog eine Geste allen anderen vor: er hob immer wieder den Blick nach der Decke und rollte die Augen, was Entsetzen und Mitleid andeuten sollte.

Es gibt aber tatsächlich eine Wahrheit. Auch ist es der Wahrheit gleich, ob Herr v. Graefe sie apostrophiert, um sich damit über einen politischen Gegner zu schwingen. Dieser Herr berief sich auf sie vor seinem Gott und vor seinem Gewissen." Und wen er die Augen noch so rollt, er wird sie niederschlagen müssen vor — der Wahrheit, die sich nicht agitatorisch verwerten läßt.

Vor der Entscheidung

Einladung der Ministerpräsidenten der Länder nach Berlin

Berlin, 28. April.

Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung

Der Reichskanzler hat die Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten der Länder für Montag nachmittag 3 Uhr zu einer Besprechung über die politische Lage nach Berlin eingeladen.

Die Richtigkeit der von verschiedenen französischen und amerikanischen Zeitungen über das Angebot der deutschen Regierung verbreiteten Nachrichtenten wird halbamtlich in Abrede gestellt mit der Bemerkung, daß noch kein endgültiger Beschluß des Kabinetts über die Form und den Inhalt des deutschen Angebots vorliegt. Es wird jedoch zugegeben, daß die Beratungen innerhalb der Reichsregierung soweit gediehen sind, daß im Laufe des morgigen Tages spätestens die endgültige Entscheidung über den Inhalt der deutschen Antwort erfolgen dürfte. In diesem Falle wird die deutsche Note, die an alle alliierten Regierungen gerichtet werden wird, spätestens Montag oder Dienstag durch die deutschen Botschafter in London, Rom, Paris, Brüssel und Washington den alliierten Regierungen überreicht werden. Bemerkenswert ist, daß die Note auch der Regierung der Vereinigten Staaten überreicht werden soll, obwohl Amerika den Versailler Vertrag bekanntlich nicht ratifiziert hat.

Paris ist mißtrauisch

Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes

Paris, 28. April

Der Temps betont in seinem gestrigen Leitartikel, daß Frankreich nicht auf ernstliche deutsche Vorschläge rechnen könne. Es heißt in dem Artikel wörtlich: „Wie eine offiziöse Berliner Note, die am Dienstag von der Kölnischen Zeitung veröffentlicht wurde, zu verstehen gibt, will die Reichsregierung ihr Angebot nicht etwa machen, um zu Verhandlungen zu gelangen, sie hat durchaus nicht die Absicht, diejenigen Bedingungen zu unterschreiben, die Frankreich für gerecht und notwendig hält. Sie ist nur der Meinung, daß nach der Rede Lord Curzons und zweifellos auch nach dem Umschwung, der in der Haltung gewisser Parteien eingetreten ist, die Fortsetzung des Kampfes gegen Frankreich für das Kabinett Cuno leichter sein würde, wenn die Kampfmittel um eine diplomatische Diskussion vermehrt werden. Wir wären sehr naiv, wenn wir auf ein ernstes Angebot Deutschlands rechnen würden. Es gibt nur ein Mittel, um den Abschluß des gegenwärtigen Konfliktes zu beschleunigen, nämlich die Fortsetzung der französisch-belgischen Aktion im Rheinland und im Ruhrgebiet."

Das Mißtrauen, mit dem der Temps den deutschen Vorschlägen entgegensieht, wird von den meisten Pariser Morgenblättern geteilt. Sie sind im voraus davon überzeugt, daß die deutsche Regierung eine Entspannung gar nicht wünscht, wenn man nur den Widerstand neu beleben kann, zu dem die Ablehnung deutscher Vorschläge durch Frankreich führt. Die Blätter übersehen dabei, daß ihre heutige Annahme in seltsamem Widerspruch steht zu der früheren Behauptung, Deutschland sei am Ende seiner Kraft und sein Nachgeben sei nur noch eine Frage von Tagen.

Daß Mißtrauen, mit dem der Temps den deutschen Vorschlägen entgegensieht, wird von den meisten Pariser Morgenblättern geteilt. Sie sind im voraus davon überzeugt, daß die deutsche Regierung eine Entspannung gar nicht wünscht.

Die allwissende Westminster-Gazette

London, 28. April.

Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes

Die Westminster Gazette will auf Grund amtlicher Berliner Informationen in der Lage sein, noch bevor sich die deutsche Regierung mit den politischen Führern geeinigt hat, den Inhalt des deutschen Angebots bekanntzugeben. Die Veröffentlichung des angeblichen deutschen Vorschlags macht den Eindruck eines wohlüberlegten Störungsversuches im Interesse bestimmter ultranationalistischer französischer Kreise.

Das liberale Blatt, das ab und zu für Deutschland eintritt, bemüht sich in den letzten Wochen durch Pariser Meldungen hervorzurufen, daß die angeblich viel zu schwachen Verständigungsbedingungen der Regierung Bonar Law von vornherein von Frankreich zum Mißerfolg verurteilt seien, während außenpolitisch in Deutschland der Eindruck geweckt werden soll, daß jedes deutsche Angebot durch Frankreichs unversöhnliche Einstellung zum Mißerfolg verurteilt sei. Dieser Gedankengang kommt in seiner geschickten Form auch in dem heutigen Artikel des ehemaligen Chefredakteurs der Westminster Gazette, Spencer, zum Ausdruck, indem er Deutschland in längeren Ausführungen den Rat erteilt, trotz geringer Aussicht auf Annahme ein Angebot zu machen, um eine günstige Einwirkung auf die öffentliche Meinung, vor allem in den angelsächsischen Ländern zu erzielen.

Unannehmbare Forderung

Wie gemeldet wurde, läßt die französische Regierung die Erklärung verbreiten, daß sie sich in Verhandlungen mit Deutschland nicht einlassen wolle, bevor der passive Widerstand abgebaut sei. Das ist ungefähr das Seitenstück zu der früheren Absicht unseres Auswärtigen Amtes, nicht mit Frankreich verhandeln zu wollen, bevor das Ruhrgebiet geräumt sei. In beiden Fällen wurde als Voraussetzung für den Beginn von Verhandlungen etwas verlangt, was in Wahrheit nur einen Teil ihres Endzweckes ausmachen konnte. Allerdings mit dem Unterschied, daß sich die deutsche Forderung auf die Abstellung einer krassen Rechtsverletzung bezog, während das französische Verlangen die fast noch mehr unlogische als ungerechte Zumutung ausspricht, den Protest gegen die Rechtsverletzung fallen zu lassen. Die deutsche Regierung hat inzwischen auf ihre Forderung verzichtet und es wirkt geradezu grotesk, wenn jetzt die französische mit der ihren hervortritt. Darüber ist man sich natürlich auch in Paris vollkommen klar, doch glaubt Poincaré seinen Anhängern — und Gegnern — den „Sieg" im Ruhrgebiet liefern zu müssen, den er ihnen so oft versprach und zu dem er sich eben jetzt von befreundeten Rednern der im übrigen belanglosen Generalräte (Kreisversammlungen) von neuem animieren ließ. Am einfachsten wäre das freilich so zu erreichen, daß man die Vernunft auf den Kopf stellt und die Verhandlungen mit der Kapitulation beginnen läßt!

Wir werden Herrn Poincaré und den Seinen den Gefallen nicht tun. Gerade die Inbrunst, mit der sie die Beendigung des passiven Widerstandes wünschen, belehrt uns über die Wirksamkeit dieser im internationalen Streitverfahren neuen Waffe, die wir just in dem Augenblick, wo wir uns an den Verhandlungstisch setzen, am wenigsten entbehren können, wenn wir nicht zum so- und sovielten mal der uneingeschränkten Siegerwillkür preisgegeben sein wollen. Das ist so klar, daß man darüber weiter kein Wort zu verlieren braucht. Nur als die richtige Auffassung des für den Ausgang des Ruhr-Kampfes in erster Linie maßgebenden Volksteiles sei eine Aeußerung des „Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes" erwähnt, wo es heißt:

„Der Verzicht auf den passiven Widerstand kann nicht eher eintreten, bevor nicht die Verhandlungen zu einem Ergebnis geführt haben oder bevor nicht wenigstens die deutschen Unterhändler von ihrem aussichtsreichen Verlauf überzeugt sind. . . Jedermann muß sich klar darüber sein, daß ein passiver Widerstand, wie wir ihn an der Ruhr erleben, das zweitemal nicht so leicht möglich ist und überhaupt nicht mehr zustande kommen kann, wenn wir ihn jetzt aufgeben, während die französischen Positionen ihre Positionen behalten. Womit sollen wir uns wehren, wenn die Verhandlungen durch die Schuld der Franzosen scheitern? Sollten sie ergebnislos abgebrochen werden, dann dürften die französischen Truppen ihre Taktik der Gewalt fortsetzen. Und die deutsche Arbeiterschaft? Sie wäre auf Gnade und Ungnade den Bajonetten ausgeliefert, ihr bisheriger Kampf gegen den Militarismus, der bald vier Monate dauert, wäre umsonst geführt, dann müßte sie, um nicht zu verelenden, schließlich dennoch unter Bajonetten arbeiten.

Auf einem ganz anderen Blatte steht das von der Reichsregierung zu machende Angebot selber, dessen Zweckmäßigkeit und Dringlichkeit durch kein irgendwie geartetes Verhalten der französischen Regierung auch nur im geringsten abgeschwächt wird. Denn mit diesem, übrigens nicht an Frankreich allein, sondern an alle an der Reparationsfrage beteiligten Mächte zu richtenden Angebot werden wir, durchaus unabhängig von den Wünschen und Absichten eines Dritten, unseren Willen zur opferbereiten Mitwirkung an der Wiederkehr eines erträglichen Zustandes der europäischen Politik vor aller Welt offenbaren. Und das, so ist zu hoffen und zu verlangen, mit so eindrucksvoller Klarheit und Ueberzeugungskraft, daß es keinem gestattet sein wird, unter irgendwelchem Vorwand der Verantwortung seiner Stellungnahme für oder gegen das Wohl der Menschheit auszuweichen. L. G.

Bonar Laws Erholungsreise

London, 28. April. (Eigener Drahtbericht.) Halbamtlich wird bekanntgegeben, daß Ministerpräsident Bonar Law, um sein Halsleiden vollständig auszuheilen, eine längere Seereise machen wird. Er wird demnächst England verlassen und erst zum Wiederbeginn der Parlamentssitzungen nach den Pfingstferien nach London zurückkehren.

SLUB
Wir führen Wissen.